

Kolumbianische Kleinbauern denunzieren in Europa die schädliche Agrarpolitik der Regierung Uribe

Von Stephan Suhner

Die Agrarproblematik steht auch heute noch im Zentrum des kolumbianischen Konfliktes und ist für eine Lösung des Bürgerkrieges unumgänglich. Im Buch "El embrujo autoritario", das eine aus Menschenrechtsperspektive kritische Bilanz des ersten Regierungsjahres von Alvaro Uribe zieht, wird das Fehlen einer Agrarreform hart kritisiert. Diese Feststellung - zusammen mit anderen Wahrheiten des Buches - brachte Uribe derart in Rage, dass er die Autoren ziemlich pauschal als Unterstützer der "Terroristen" beschimpfte. Tatsache ist jedoch, dass Uribe das Agrarproblem auf ein Problem der nationalen Sicherheit reduziert, und keinerlei Strategien entwickelt hat, wie der Agrarsektor zu einer ausgewogenen Entwicklung und zur Überwindung des Konfliktes beitragen könnte. Wir nehmen den Besuch von zwei kolumbianischen Kleinbauernvertretern im vergangenen Monat zum Anlass, um uns wieder einmal mit dem Agrarproblem auseinander zu setzen.

Das Problem der Ernährungssicherheit in Kolumbien

Eng mit dem Agrarproblem verbunden ist die Ernährungssicherheit. Dabei sind zwei Aspekte hervorzuheben: Einerseits ist die Ernährungslage für immer mehr Kolumbianer kritisch, andererseits verliert Kolumbien zusehends die Fähigkeit, die eigene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Gemäss Angaben der Internationalen Organisation für Ernährung FAO leben 11 Millionen Kolumbianer in absoluter Armut und 25'000 Kinder leiden an Fehl- oder Mangelernährung. 15 von 100 Kolumbianern unter 5 Jahren haben wegen ungenügender Ernährung ernsthafte Entwicklungsrückstände. Auf Grund dieser konservativen Hochrechnungen stuft die FAO das Problem der Ernährungssicherheit in Kolumbien als eines der schwerwiegendsten Amerikas ein.

Die aktuelle Regierungspolitik tendiert jedoch dazu, das Problem weiter zu verschärfen. So steigen trotz massiver - angeblich billiger - Importe die Lebensmittelpreise überdurchschnittlich an, 11% im Jahr 2002 im Vergleich zu 7% des allgemeinen Konsumentenpreisindex. Zudem ist die Regierung Uribe bestrebt, die Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel auszudehnen. Für die 60% der Bevölkerung, die schon heute einen Grossteil ihres Einkommens für die Nahrung ausgeben, ist diese Entwicklung Besorgnis erregend. Zudem nimmt der Anteil der Kolumbianer, die Nahrungsmittel produzieren können, wegen der Landflucht kontinuierlich ab, was durch die massiven und gewaltsamen Vertreibungen noch verschlimmert wird. Die rücksichtslosen Besprühungen weiter Gebiete, in denen es Drogenpflanzungen, aber auch viele Nahrungsmittelpflanzungen gibt, verschärfen das Problem zusätzlich.

Auch die Landwirtschaftspolitik der Regierung Uribe an und für sich hat für die Ernährungssicherheit negative Konsequenzen. Diese ist wesentlich auf die Steigerung der Exporte ausgerichtet, und obwohl Exporte für die Zahlungsbilanz wichtig sind, ist eine derart einseitige Politikausrichtung für die Ernährungssicherheit bedenklich. Für den Export werden hauptsächlich mehrjährige Kulturen wie Ölpalme, tropische Früchte, Kautschuk und Soja gefördert, während die Fläche der einjährigen Nahrungsmittelkulturen wie Mais und Getreide immer stärker zurück geht, verbunden mit einer Geringschätzung der Kleinbauern als

wichtige Nahrungsmittelproduzenten. Die Fähigkeit, die eigene Bevölkerung mit genügend Nahrungsmitteln zu versorgen, wird dabei immer prekärer, während die Importabhängigkeit zunimmt.

Umstrittene Agrarpolitik

Das Landwirtschaftsministerium hat einen Plan zur sozialen Handhabung des Landes (Manejo social del campo) vorgestellt, der 15 Programme umfasst. Eines der wichtigsten Programme sieht die Schaffung von Arbeitsplätzen vor, dies vor allem durch die Errichtung von neuen Plantagen für die Exportproduktion. Insgesamt beabsichtigt die Regierung, in den vier Jahren 432'000 neue direkte ländliche Arbeitsplätze zu schaffen. Am 7. Juli 2003 unterzeichneten die Agrarunternehmer mit Plantagen von Palmen, Kautschuk, Kakao und tropischen Früchten eine Art "soziales Abkommen" mit der Regierung, in welchem sie sich verpflichten, 64'000 neue direkte und 101'400 indirekte Arbeitsplätze zu schaffen, nachdem im Kongress ein Gesetz über Steuererlasse für permanente Kulturen angenommen wurde. Der Steuererlass gilt für 14 Jahre ab dem Zeitpunkt der Anpflanzung für Kakao, Kautschuk und Zitrusfrüchte, 10 Jahre ab Produktionsbeginn für die Ölpalme. Hingegen wurden praktisch sämtliche Subventionen für die Kleinbauern gestrichen.

Eng mit derartigen Massnahmen verbunden ist das Projekt der produktiven Allianzen zwischen organisierten Kleinproduzenten, den Agrarunternehmern und Grossgrundbesitzern sowie der Industrie (Abnehmer der Produktion wie auch Anbieter von Produktionsmitteln) im Rahmen von regionalen Abkommen für die Wettbewerbsfähigkeit. Damit hofft die Regierung, 380'000 Hektaren Land für die landwirtschaftliche Produktion zurückzugewinnen, auf dem die kommerzielle Aufforstung, der Anbau von Kautschuk, Ölpalme, (gentechnisch veränderte) Baumwolle, Futtermais, Industrierübe und Soja gefördert wird. Diese Allianzen sind jedoch sehr umstritten, da die Unternehmer als alleinige Käufer die Preise diktieren können, gleichzeitig aber risikolos gesicherte Rohstofflieferungen haben. In letzter Konsequenz will man die Umwandlung der Campesinos in Lohnabhängige ohne soziale Garantien und ohne Recht auf gewerkschaftliche Organisation erreichen. Da diese permanenten Kulturen zudem erst spät Erträge abwerfen, sind sie für die Kleinbauern nicht tragbar. Diese Agrarpolitik läuft also schlussendlich auf die Unterdrückung oder gar Abschaffung der Campesinos hinaus.

Undurchsichtig ist auch das Thema der Agrarreform. Der Entwicklungsplan schlägt einen Prozess der ländlichen Reform (reforma rural) vor und spricht von der effizienten Nutzung des Bodens sowie vom gerechten Zugang zu den Produktionsfaktoren. Eine Landreform^[1] wird jedoch nicht erwähnt, sondern lediglich die Übergabe von 150'000 Hektaren produktiven Bodens an assoziierte Gruppen sowie technologische und finanzielle Unterstützung angekündigt. Weitergehende konkrete Schritte einer Agrarreform werden jedoch nicht vorgeschlagen, und die konkrete Umsetzung bleibt nebulös. In den letzten Monaten sprachen der Innenminister Londoño sowie der Landwirtschaftsminister Cano von einer umfassenden Landreform für Vertriebene und demobilisierte Kämpfer mit Land, das dem Drogenhandel und den illegalen Gruppen enteignet werden soll. Insgesamt stünden 300'000 Hektaren kurz vor der Besitzrechtserlöschung^[2]. Gleichzeitig unternimmt die Regierung kaum etwas, um die gewaltsamen Vertreibungen zu stoppen und stärkt mit der beschriebenen Politik den Prozess der Besitzkonzentration und das alte Latifundium. Die NGO ILSA fasst das so zusammen: Aus den Bauern werden Soldaten, und die Demobilisierten widmen sich der Landwirtschaft.

Interview mit den beiden Kleinbauernführern Javier von SINTRADIN und Alirio von FENSUAGRO

Was ist das Ziel eurer Reise durch Europa?

Javier: Mit dieser Reise versuchen wir, die europäischen Regierungen und die europäische Öffentlichkeit für unsere Anliegen zu gewinnen, damit die Agrarfrage in Kolumbien wieder ein Thema wird, und um noch schlimmere Entwicklungen in Kolumbien zu verhindern. Die Kleinbauern sind für die Regierung kein Thema mehr, das Agrarproblem wird einzig als ein Problem der öffentlichen Ordnung und der Gewalt wahrgenommen.

Habt ihr denn in Kolumbien keine Möglichkeiten mehr, eure Anliegen einzubringen?

Alirio: Unser Spielraum wird immer kleiner. Nach den grossen Agrarmärschen vom 16. September 2002 sagte die Regierung, sie wolle mit uns verhandeln, dazu müssten wir aber zuerst die Proteste und Blockaden beenden. Als wir dann die Campesinos nach Hause geschickt hatten, wollte die Regierung nicht mehr mit uns verhandeln. Im April 2003 fand dann der Nationale Agrarkongress statt, worin praktisch alle Kleinbauernorganisationen und auch afrokolumbianische und Indigenen - Organisationen vertreten waren. Dieser Kongress verabschiedete eine umfassende Plattform für unsere zukünftigen Mobilisierungen. Unsere Forderungen richteten sich klar auch an die Regierung Uribe, weshalb wir einen Marsch von 10'000 Campesinos durch Bogotá organisierten, um dem Nationalen Planungsdepartement unsere Vorschläge zu überreichen. Trotzdem fand aber kein einziger unserer Vorschläge Eingang in den Nationalen Entwicklungsplan. Das Regierungsprogramm spricht nur von Campesinos, wenn es um die Kleinbauernsoldaten, die soldados campesinos, geht. Sonst nimmt die Regierung das Wort Campesino nie in den Mund.

Du hast es angetönt: die Sicherheitslage wird für euch immer schwieriger.

Alirio: Effektiv. Die Politik der demokratischen Sicherheit hat für uns Campesinos gravierende Konsequenzen. In verschiedenen Regionen kommt es immer wieder zu Massenverhaftungen, wie z.B. in Arauca. Die Regierung präsentiert diese Verhaftungen als Erfolge im Kampf gegen die Guerilla, aber tatsächlich handelt es sich in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle der Festgenommenen um soziale Führungspersonen. Die Campesinos sind dabei besonders hoch vertreten. Viele Regionen sind auch während Tagen oder Wochen völlig von der Umwelt abgeschnitten, wie gerade eben erst Regionen im Cauca. Trotz dieser Einschüchterung ist es uns jedoch immer wieder gelungen, in den Regionen Seminare zur Menschenrechtsproblematik durchzuführen, z.B. in Puerto Toledo, Meta. Die Campesinos haben dort gegen die staatlichen Übergriffe und die Menschenrechtsverletzungen geklagt. Die Regierung hat uns schlussendlich die Sicherheit für die Durchführung dieser Anlässe garantiert. Nur Tage später wurden jedoch die Regionen, aus denen die Anklagen kamen, bombardiert, die Armee fiel ein, es kam zu vereinzelt Morden, zu Massenverhaftungen. Das ganze wurde dann als erfolgreiche Operation zur Wiederherstellung der Sicherheit dargestellt, da wir ja zuvor die mangelnde Sicherheit beklagt hatten. Das ist der Gipfel des Zynismus.

Kommen wir nun zur Landwirtschaftspolitik Uribe. Wo liegen da die Probleme?

Javier: Seine Landwirtschaftspolitik ist zu einem wesentlichen Teil von der Weltbank und dem IWF bestimmt, gerade auch über die Kreditvergabe. Die Weltbank hat in Kolumbien schon mehrmals gravierende Fehler begangen, die den Konflikt angeheizt haben. 1974 wurde

beschlossen, dass die Agrarreform beendet sei, und statt dessen wurde die Besiedlung des kolumbianischen Tieflandes gefördert, wofür die Weltbank Kredit gab. Heute haben wir das Problem des Cocaanbaus! 1994 förderte die Weltbank die Einführung der Landreform mit Marktmechanismen, wo die landlosen Campesinos direkt mit den Grossgrundbesitzern über den Landkauf verhandeln sollten und der Staat lediglich diesen Kauf durch den Campesino subventionierte. Das führte dazu, dass vor allem schlechte Böden zu überhöhten Preisen an die Kleinbauern verkauft wurde, während die Konzentration des wertvollsten Landes in den Händen weniger Grossgrundbesitzer ungebremst weiter ging. Unter Uribe fördert die Weltbank die sogenannten Produktionsallianzen, wo der Kleinbauer auf Befehl des Grossgrundbesitzers Exportprodukte anbaut. Wir Kleinbauernorganisationen lehnen dieses Instrument ab, weil es unsere jahrhundertealte Unterdrückung in einer etwas moderneren Form fortsetzt. Dieses Paradeferd von Uribes Landwirtschaftspolitik wird von der Weltbank mit ungefähr 30 Millionen US\$ unterstützt. Sechs der acht für dieses Programm ausgewählten Zonen stehen jedoch unter der Kontrolle der Paramilitärs. Alle anderen Programme, vor allem diejenigen zu Gunsten der Kleinbauern, werden entweder aufgelöst oder haben keine Finanzierung mehr.

Wie ist eigentlich die aktuelle Situation des Staatlichen Agrarreforminstituts INCORA, das ja aufgelöst werden sollte?

Javier: Das INCORA war das wichtigste staatliche Instrument zu Gunsten der Kleinbauern und geniest immer noch einen guten Ruf. Es ist aber jetzt zusammen mit drei anderen Instituten liquidiert und durch eine neue Institution, das INCODER, ersetzt worden. Dieses neue Institut hat nur noch 900 Mitarbeiter (gegenüber 2300) und ein lächerlich kleines Budget. Somit entfallen so wichtige Programme wie das der Zonas de Reserva Campesina, das keine Finanzierung mehr hat. Obwohl etwa zehn weitere solche Zonen geplant sind, werden keine neuen mehr eingerichtet. Diese Zonen, wo nach den Landreformmassnahmen eine strikte Obergrenze des individuellen Bodenbesitzes eingeführt wird und der Verkauf von Grundstücken nur unter Kleinbauern möglich ist, hätten der Agrarreform eine minimale Nachhaltigkeit gegeben. Uribe hat aber keine wirkliche Agrarreform geplant.

Es wird aber immer wieder verkündet, dass mit dem Land der Drogenmafia Tausende Landloser und Vertriebener neu angesiedelt werden sollen?

Javier: Das ist für mich reine Propaganda, wenn einige Vertriebene auf dem Land, das Paramilitärs grosszügig abgeben, wieder angesiedelt werden, dafür aber unter der Kontrolle der Paramilitärs stehen. Tatsächlich würde der Staat über ein Instrument verfügen, mit dem er das Land von Drogenhändlern, korrupten Politikern und Paramilitärs enteignen könnte, das Gesetz 333. Tatsächlich beabsichtigt Uribe aber heute, uneingeschränkt Besitztitel denjenigen zu vergeben, die ein Stück Land gerade besitzen oder darauf etwas produzieren wollen. Auf die rechtmässige Aneignung und auf eine lückenlose Abfolge gültiger Besitztitel wird nicht geachtet. Den landlosen Kleinbauern werden keine Subventionen für den Landkauf mehr gegeben, diese Gelder erhalten nur noch Personen, die ein unternehmerisches produktives Projekt präsentieren. Das heisst, dass durch Vertreibung und illegale Gelder angeeignetes Land nun uneingeschränkt legalisiert, gewaschen werden kann. Davon profitieren auch multinationale Unternehmen wie Repsol, BP, FENOSA etc. Zudem wird es weitere Vertreibungen stimulieren, da der so erlangte Besitz ja legalisiert werden kann. Wir forderten hingegen, dass vor der Erteilung eines Besitztitels die Rechtmässigkeit für mindestens 30 Jahre zurückverfolgt wird, leider ohne Erfolg.

Ihr habt ja auch konkrete Forderungen an die europäischen Regierungen gestellt?

Alirio: Ja, wir überreichten den europäischen Regierungen und der EU als Ganzes eine Petition mit folgenden Forderungen: Die EU soll sämtliche Hilfe und Kooperation an die kolumbianische Regierung an die strikte Einhaltung aller UNO - Empfehlungen knüpfen, insbesondere was die Straflosigkeit und die gewaltsamen Vertreibungen sowie die Sicherheit und das Recht auf Leben der Campesinos betrifft; in der technischen Zusammenarbeit soll die EU strikt auf die Einhaltung der UNO - Menschenrechtskonvention pochen und deshalb keine Projekte des Nationalen Entwicklungsplanes unterstützen; hingegen fordern wir von Europa bilaterale und multilaterale Hilfe für das Programm der Campesino - Reserven (Zonas de Reserva Campesina) sowie Unterstützung für die Vorschläge des Agrarmandates. Ebenso sollen die europäischen Staaten von der Weltbank eine gründliche Studie über die Folgen der von ihr geförderten produktiven Allianzen für die Erfüllung aller Menschenrechte der Kleinbauern einfordern.

[1] Unter Landreform versteht man spezifisch die Umverteilung des Grundbesitzes, unter ländlicher Reform die allgemeine Restrukturierung der ländlichen Produktionsfaktoren. Mit der reforma rural wird in Kolumbien eben gerade versucht, eine markante Umverteilung des Grundbesitzes zu umgehen.

[2] Die Besitzrechtserlöschung stützt sich auf das Gesetz Nr. 333, aber in sieben Jahren konnten nur 30'000 so enteignet werden. Die Kleinbauernorganisationen kritisieren, dass die Regierung mit diesen Ankündigungen Demagogie betreibt, um von der Auflösung des Agrarreforminstituts INCORA abzulenken.